

ÖkonomInnen und soziale Bewegungen am Beispiel Frankreichs

Thomas Coutrot

Neoliberale Reformen werden von ihren ProtagonistInnen immer als Ausdruck einer objektiven, ökonomischen Rationalität dargestellt. Seit Mitte der 1990er-Jahre arbeiten heterodoxe ÖkonomInnen in Frankreich daher eng mit und in den sozialen Bewegungen, um eine kritische Auseinandersetzung mit neoliberalen Argumenten zu führen und diese zu dekonstruieren. Ich selbst habe in verschiedensten Initiativen mitgearbeitet und möchte im Folgenden einen kurzen Überblick darüber geben.

Die neoliberale Wende der 1980er-Jahre hat die intellektuelle und politische Arbeit renommierter ÖkonomInnen maßgeblich beeinflusst. Sie schlossen sich vor allem in der *Mont Pelerin Society* und anderen anglo-sächsischen Think Tanks zusammen, die von Fonds reicher Industrieller finanziert wurden (George 1996). Ihr gemeinsames Projekt wurde von der Erkenntnis geleitet, dass „Ideen Konsequenzen haben“ (Weaver 1948). Es waren zwar nicht die ÖkonomInnen, die die neoliberale Wende eingeleitet haben, aber sie haben es mit ihrem Repertoire an Ideen, Slogans und polit-ökonomischen Rezepten sicherlich erst ermöglicht, dass sich die verantwortlichen PolitikerInnen seit 30 Jahren dieser Mittel bedienen können.

Der politische Sieg des wirtschaftlichen Liberalismus über den Marxismus und den Keynesianismus hat auch in den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der Universitäten und Wirtschaftsforschungszentren zu einem Erdbeben geführt: Die neoliberale Orthodoxie hat historische oder kritische Ansätze immer weiter auf Kosten mathematischer Modelle verdrängt, die Marktmechanismen simulieren und die Ineffizienzen sozialer oder staatlicher „Rigiditäten“ zeigen sollen. Vor allem in Frankreich sind zahlreiche ÖkonomInnen daher über die Jahre – durch das Zusammenspiel von Bekehrung und Rekrutierung – zu integralen Intellektuellen des Neoliberalismus geworden. Sie empfehlen und rechtfertigen Privatisierungen, Deregulierungen, Liberalisierungen des Waren- und Kapitalverkehrs etc. Marxistische ÖkonomInnen, KeynesianerInnen oder InstitutionenökonomInnen werden marginalisiert, haben keine Karrierechancen mehr oder werden nach einer heterodoxen Abschlussarbeit erst gar nicht angestellt.

Soziale Bewegungen seit Mitte der 1990er-Jahre

In diesem Kontext der neoliberalen Revolution hat sich in Frankreich 1995 eine soziale Bewegung gegründet, die ursprünglich gegen den so genannten „Plan Juppé“ (damaliger Premierminister unter Präsident Chirac), einer Reform der Kranken- und Pensionsversicherung, Gesundheitsversicherung und der Pensionen, aufbegehrt hat. Initialisiert von einigen Gewerkschaftsorganisationen war diese Bewegung von mächtigen Demonstrationen und einem langen Streik der EisenbahnerInnen gekennzeichnet, der von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde. Dies brachte den Direktor des Meinungsforschungsinstituts CSA, Stéphane Rozès, dazu, den Begriff „Stellvertreterstreik“ für diese Bewegung zu erfinden. Ein wichtiges Charakteristikum dieses sozialen Konfliktes war

auch das Engagement der Intellektuellen auf beiden Seiten. Zunächst startete die Monatszeitschrift „Esprit“ eine Petition „Für eine Reform der Sozialversicherung“, um den Plan Juppé zu verteidigen. Diese intellektuelle Strömung, linkskatholisch und aus dem Umfeld von Michel Rocard¹, kam hauptsächlich aus der nicht-kommunistischen „zweiten Linken“: während ihre VertreterInnen noch in den 1970er-Jahren an Ideen kollektiver Selbstverwaltung orientiert waren, wurde sie in den 1980er-Jahren mehrheitlich neoliberal. Pierre Bourdieu antwortete nach Beginn der Streiks mit einer Petition der „Intellektuellen zur Unterstützung der Streikenden“.

Viele SoziologInnen und PhilosophInnen fanden sich unter den UnterstützerInnen für diese beiden Petitionen, aber nur sehr wenige ÖkonomInnen. Im Jahr 1996 startete eine Gruppe junger ÖkonomInnen als Folge des Einflusses der sozialen Bewegung vom Dezember 1995 einen „Aufruf der ÖkonomInnen zum Ausbruch aus dem Einheitsdenken“, der 250 – meist unbekannte – UnterstützerInnen fand. Die theoretischen Grundlagen dieses Aufrufs sind überwiegend keynesianisch geprägt (Verteidigung der Sozialversicherung und des öffentlichen Dienstes, Wirtschaftswachstum durch Lohnerhöhungen etc.). Der Aufruf führte zur Gründung eines Vereines, der mehrere Treffen veranstaltete und in den Jahren 1997 bis 2000 vier Publikationen herausgab.

Im Jahr 2000 veröffentlichte eine Gruppe Wirtschaftsstudierender einen „Offenen Brief der Wirtschaftsstudierenden an die ProfessorInnenschaft und an die für den Unterricht in dieser Disziplin Verantwortlichen“, der die Lehrenden dazu aufrief, „aufzuwachen aus ihrer Traumwelt“ und den „unkontrollierten Gebrauch der Mathematik abzulehnen“ und eine „Pluralität der wirtschaftswissenschaftlichen Ansätze“ anzuerkennen. Dieser Aufruf erlangte schnell internationales Aufsehen, vor allem in den USA mit der Gründung der Gruppe „*Post-autistic economics*“ und dem akademischen Journal „*Post-autistic economics review*“, welches im Jahr 2008 in „*Real-world economics review*“ umbenannt wurde.

Diese Bewegung versuchte sich nicht direkt in die wirtschaftspolitische Debatte einzubringen, sondern den Stellenwert von kritischen oder historischen Ansätzen in der Lehre der Volkswirtschaft zu stärken. In Frankreich findet sich mit der Gründung der „Französischen Gesellschaft der Politischen Ökonomie“ (AFSE) im Jahr 2010 ein direkter Ausdruck dieser Bewegung, der den heterodoxen Lehrenden und Forschenden damit ein Mittel in die Hand gab, um die überwältigende Übermacht der Neoklassik zu bekämpfen. Und dies mit nicht gerade wenig Erfolg: Aufgrund des Lobbyings der AFSE sucht der „Nationale Beirat der Universitäten“² seit einigen Jahren ein diversifizierteres Profil an Lehrenden und ForscherInnen der Volkswirtschaftslehre.

Der „Aufruf der ÖkonomInnen zum Ausbruch aus dem Einheitsdenken“ war an Gruppen außerhalb der Universitäten gerichtet. Innerhalb der akademischen Zirkel erlangte er nie ein hohes Ansehen, da er auch keine wirklich neuen Vorschläge im Bereich der politischen Ökonomie enthielt. Dieser Kontext veränderte sich mit der Gründung von Attac (1998), einem Verein, der sich der Kritik an der Finanzialisierung der Wirtschaft und der Forderung nach der Einführung einer Tobin-Steuer verschrieb, um die „Märkte zu entwaffnen“ (Ramonet 1997). Der wissenschaftliche Beirat von Attac konnte den Großteil der aktiven Mitglieder des Aufrufs der ÖkonomInnen gewinnen, der seine Arbeit nach dem Jahr 2000 eingestellt hatte. Der Aufschwung der GlobalisierungskritikerInnen (das erste Weltsozialforum fand 2001 in Porto Alegre statt) erlaubte es vielen kritischen französischen ÖkonomInnen, sich in einer internationalen sozialen Bewegung zu integrieren und ihre Kompetenzen in einer Dynamik der „Bildung von unten“ einzusetzen.

Die ÖkonomInnen des wissenschaftlichen Beirats von Attac zogen durch die Städte Frankreichs und hielten Konferenzen und Vorträge zur Globalisierung, zum Freihandel, zur Finanzspekulation, zur Finanzialisierung von Betrieben, zu neoliberalen Reformen, zur Steuerflucht oder zu Steuerparadiesen. Die Copernic Stiftung, ein anti-neoliberaler Think-Tank, der ebenfalls 1998 als verbindendes Element politischer Organisationen links der sozialistischen Partei gegründet wurde, trug ebenfalls zur Weiterentwicklung dieses kritischen Diskurses bei. Die starke (aber trotzdem nicht erfolgreiche) soziale Bewegung gegen die Pensionsreform von 2003, aber vor allem die (erfolgreiche) Debatte im Vorfeld der Volksabstimmung gegen den Europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005 wurden unter anderem von Theorien genährt, die die ÖkonomInnen von Attac oder der Copernic Stiftung in verschiedenen Publikationen, Artikeln und Konferenzen über die Jahre erarbeitet hatten.

Die rasche Entwicklung von Attac (mit schon mehr als 30.000 Mitgliedern im Jahr 2003) erlaubte es der Bewegung eine intellektuelle Schlüsselrolle in der ökonomischen Debatte einzunehmen. Doch dieser Erfolg führte auch dazu, dass die Führung von Attac, die Bewegung in eine zentralisierte und hierarchisierte Organisation verwandeln wollte – der erste uneingestandene Schritt in Richtung einer politischen Partei. Dieses Projekt traf auf erbitterten Widerstand der gewerkschaftlichen Gründungsorganisationen von Attac (*Solidaires*, CGT, FSU), aber auch des Großteiles der Mitglieder, vor allem der ÖkonomInnen, des wissenschaftlichen Beirates. Mit einem Betrug bei der Wahl des wissenschaftlichen Beirats im Jahr 2006 erlangte diese interne Krise ihren Höhepunkt, gefolgt von einem starken Rückgang der Anzahl der Mitglieder, die in wenigen Monaten auf 10.000 Personen schrumpfte.

Um den Verein am Leben zu erhalten, wurden einige ÖkonomInnen des wissenschaftlichen Beirats nun Mitglieder der nationalen Leitungsebene von Attac: die neuen VizepräsidentInnen im Jahr 2006 waren Jean-Marie Harribey und Aurélie Trouvé, auf welche Geneviève Azam, Dominique Plihon und ich selbst folgten – allesamt hauptberufliche ÖkonomInnen ohne Erfahrung in der Führung von sozialen Bewegungen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die „empörten ÖkonomInnen“

Die Finanzkrise von 2008 machte wiederum die Relevanz der Kritik an der Finanzialisierung, die seit mehr als zehn Jahren von Attac vorangetrieben wird, deutlich. In diesem Zeitraum entwickelten sich Kämpfe gegen unnütze Großprojekte und gegen den Extremismus einerseits und für lokale Alternativen und eine globale Klimagerechtigkeit andererseits. Die ÖkonomInnen von Attac unterstützten diese Kämpfe vor allem durch wichtige Arbeiten zur Kritik des Wachstums, des „grünen Kapitalismus“ und der Vermarktung der Natur. Die Legitimationskrise des Neoliberalismus in Europa und die Heftigkeit der kontraproduktiven Sparprogramme, die seit dem Jahr 2010 Griechenland und die gesamte EU erfassten, haben die Frustration von Lehrenden und Forschenden in der VWL erhöht (vor allem auch bei den Jungen), die, ohne zwingend Mitglied von Attac zu sein, die Notwendigkeit sahen, als ÖkonomInnen das Wort in der öffentlichen Debatte zu ergreifen.

Daher schlug ich drei Kollegen verschiedener Richtungen – dem Mainstream-Ökonomen Philippe Askénazy, dem Institutionenökonom André Orléan und dem Keynesianer Henri Sterdyniak – vor, ein gemeinsames „Manifest der empörten ÖkonomInnen“ (*Manifeste d'Économistes atterrés*) zu verfassen, um die wirtschaftliche Rationalität der

sadistischen Maßnahmen, welche Griechenland von der EU, der Europäischen Zentralbank und dem IWF auferlegt wurden, zu widerlegen. Dieses Büchlein hatte im Herbst 2011 einen großen Erfolg mit mehr als 1.000 Unterschriften von ÖkonomInnen und mehr als 70.000 verkauften Exemplaren. Ein Verein, der die neue Generation von kritischen ÖkonomInnen mobilisiert, wurde schnell gegründet. Seine Stellungnahmen haben heute ein nicht zu vernachlässigendes mediales Publikum, es gibt regelmäßige Kolumnen in verschiedenen Zeitschriften und anderen Medien.

Obwohl die lokalen Attac-Gruppen oft die „Empörten“ für Konferenzen anfragen und mehrere ÖkonomInnen des wissenschaftlichen Beirats von Attac in der Leitung der „Empörten ÖkonomInnen“ mitarbeiten, sind diese unabhängig von Attac zu sehen. Das ideologische Spektrum, welches sie abdecken, ist viel größer: Attac entwickelte sich seit seiner Gründung zu einer radikaleren, ökologischen und antikapitalistischen Positionierung, während viele Empörte moderate KeynesianerInnen sind. Sie erfüllen auch verschiedene Funktionen: Die Empörten zielen nicht auf eine soziale Mobilisierung ab, sondern wollen die Ökonomie in den Dienst der BürgerInnen stellen und versuchen diese zu ermächtigen, sich eine eigene Meinung in der ökonomischen Debatte zu erlangen.

Aktuelle Entwicklungen

Zwanzig Jahre nach der Bewegung von 1995 haben die wirtschaftswissenschaftlichen Gegenexpertisen und Alternativen wieder einen Platz in der politischen Debatte Frankreichs. Die empörten ÖkonomInnen, Attac oder die Copernic Stiftung veröffentlichen regelmäßig Artikel in den großen Zeitschriften des Landes, sie organisieren eine Vielzahl an Konferenzen und sind manchmal auch im Fernsehen eingeladen. Diese Vereine beleben die „technische Demokratie“ (Callon u.a. 2001), indem sie Kontroversen rund um wirtschaftspolitische Entscheidungen entfachen. Und das nicht ohne Erfolg: Meinungsumfragen zeigen, dass das Credo des freien Marktes und des perfekten Wettbewerbes, die Deregulierungs- und Privatisierungspolitik und der Freihandel in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung – und oft auch der JournalistInnen abseits der Kamera – diskreditiert sind. Nach der Krise von 2008 musste Nicolas Sarkozy einen radikalen Diskurs gegen die Finanzspekulation und Steuerparadiese führen und François Hollande wurde vor allem aufgrund seines Versprechens gewählt (das er sofort wieder gebrochen hat), den europäischen Fiskalpakt neu zu verhandeln und gegen „(seinen) gesichtslosen Gegner, das Finanzwesen“ zu kämpfen.

Andererseits haben neoliberalen Politiken überlebt und sich sogar radikalisiert – wie die südeuropäischen Länder aus bitterer Erfahrung wissen. Die gesellschaftliche Macht der Banken und der Finanzindustrie waren noch nie so hegemonial wie heute, unabhängig von Mehrheiten bei Wahlen. Dies wiederum macht Demokratie einflusslos. Die Regierungen versuchen sich mit nationalistischen und Sicherheits-Parolen zu legitimieren, die die soziale Frage auf den zweiten Rang verweisen. Der „Kampf gegen den Terrorismus“ wird benutzt um den Misserfolg im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Ungleichheit vergessen zu lassen.

Die Gegenexpertise hat einen ideologischen Sieg erlangt, aber sie hat kein Gewicht in konkreten politischen Maßnahmen. Die BürgerInnen sind der Politiken der Verarmung und Ungerechtigkeit überdrüssig, aber sie fühlen sich ohnmächtig und verlieren sich im NichtwählerInnentum oder geben ihre Stimme rechtsextremen Parteien. Um dieses Gefühl der Ohnmacht zu überwinden reichen Gegenmeinungen und ideologische Kämpfe

aber nicht aus. Kritik ist wichtig, aber es muss jetzt und hier gehandelt werden und nicht auf das Kommen einer möglichen progressiven Regierung gewartet werden. Daher hat Attac nun neue strategische Prioritäten beschlossen, um sich in konkreten Alternativen zu engagieren und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die Macht des Finanzwesens zu organisieren. Man entfernt sich wieder von den traditionellen Konzepten der Volksbildung, die auf der Produktion von Publikationen und der Organisation von Konferenzen aufgebaut waren, und nähert sich der Tradition der direkten gewaltlosen Aktion an, die als Prozess des *Empowerments* und der Selbstbildung in der Aktion gesehen werden, ganz nach der Maxime Gandhis „ein Gramm Praxis ist mehr wert als eine Tonne Theorie“. Aber auch die Gegenmeinung und die Erarbeitung theoretischer Alternativen zur Übermacht der Märkte bleiben eine essentielle Notwendigkeit, um die Visionen des sozialen Wandels zu beflügeln. Die hauptberuflichen ÖkonomInnen außerhalb des Mainstreams haben hier eine große Verantwortung zu tragen.

(Übersetzung aus dem Französischen: Tobias Orischnig)

Literatur

Callon, Michel/Lascoumes, Pierre/Barthe, Yannick (2001): *Agir dans l'incertain. Essai sur la démocratie technique*, Le Seuil, Paris.

George Susan (1996): *Comment la pensée devint unique*; in: *Le Monde Diplomatique*, August 1996.

Ramonet, Ignacio (1997): *Désarmer les marches*; in: *Le Monde Diplomatique*, Dezember 1997.

Weaver, Richard (1948): *Ideas Have Consequences*, University of Chicago Press, Chicago, 1948.

Anmerkungen

- 1 Anmerkung des Übersetzers: Politiker der Parti Socialiste Unifié (PSU) und später der Sozialistischen Partei (PS), erst Unterstützer, dann Rivale von Francois Mitterrand. Seine Politik war vom Antikommunismus und Bündnissen mit linken kirchlichen Bewegungen geprägt. Er war während der 2. Präsidentschaft Mitterrands Premierminister, danach Senator und Abgeordneter zum Europäischen Parlament.
- 2 Anmerkung der Übersetzers: Ein hochschulübergreifendes Gremium, das unter anderem Richtlinien für Dienstverträge für Lehrende bestimmt.